

Rhein-Berg 100

Der Newsletter Ihres Abgeordneten für den Wahlkreis 100 Dr. Hermann-Josef Tebroke



Eine Auswahl meiner nächsten Termine

05.06.2018
Festakt 65 Jahre Deutsche Welle

18.06.2018
Bürgersprechstunde,
Odenthal

23.06 – 26.06.2018
Jugend und Parlament 2018

02.07 – 06.07.2018
Haushaltswoche des
Deutschen Bundestages

Kontakt

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon
(030) 227 - 7 95 47

Fax
(030) 227 - 7 05 48

E-Mail
hermann-josef.tebroke@bundestag.de

Homepage
www.hermann-josef-tebroke.de

Wahlkreisbüro

Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach

Telefon
(02202) 9 36 95-30

Fax
(02202) 9 36 95-22

E-Mail
hermann-josef.tebroke.wk@bundestag.de

Sie haben mich als Ihren Vertreter in den Bundestag gewählt und als solcher ist mir der Austausch mit Ihnen wichtig. Sollten Sie Anregungen oder Fragen haben, freue ich mich, wenn Sie mit mir in Kontakt treten.



Liebe Leserinnen und Leser,

es ist mir eine Freude, Ihnen meinen aktuellen Newsletter des Monats Mai präsentieren zu dürfen. Die vergangene Sitzungswoche war geprägt von den Haushaltsberatungen. Bedingt durch die lange Regierungsbildung konnte erst jetzt das Haushaltsgesetz 2018 vorgelegt werden. Ich bin jedoch dankbar, dass darin die im Koalitionsvertrag vereinbarten konkreten Vorhaben ihren Niederschlag finden und zudem weiterhin die schwarze Null gesichert ist.

In diesem Newsletter finden Sie neben einer kleinen Stellungnahme zu der derzeit intensiv diskutierten Datenschutzgrundverordnung einen Bericht von meinem Besuch des 101. Katholikentags in Münster. Darüber hinaus habe ich Ihnen in bewähr-

ter Manier den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion abgedruckt. Schließlich wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre und natürlich bereits vorab anlässlich der Aufstellung des WM-Kaders der deutschen Nationalmannschaft eine spannende Fußball-Weltmeisterschaft.

Herzliche Grüße
Ihr

Dr. Hermann-Josef Tebroke, MdB

Die Datenschutzgrundverordnung

Zweifellos handelt es sich bei der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) um einen der größten und gleichsam komplexesten europäischen Rechtsakte der vergangenen Jahre. Die DSGVO beinhaltet eine Vielzahl an Neuregelungen, die für Verbraucherinnen und Verbraucher das Datenschutzrecht auch infolge der zunehmenden Digitalisierung modifizieren und verbessern. Erstmals wurde ausführlich das sogenannte „Recht auf Vergessenwerden“ etabliert, die Auskunftspflichten zugunsten des Verbraucherschutzes erhöht.

Trotz dieser vielfältigen positiven Aspekte ist die unmittelbare Anwendung der DSGVO auch mit Skepsis begegnet worden. So wurde etwa der enorme Bürokratieaufwand kritisiert und auch die fehlende

Rechtssicherheit beklagt. Ich kann Ihnen an dieser Stelle versichern, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion diese Bedenken ernst nimmt. Von der in der DSGVO vorgesehenen Öffnungsklausel zugunsten einer Anwendung des nationalen Rechts hat der deutsche Gesetzgeber auch Gebrauch gemacht. Die mancherorts kolportierte große Gefahr im Umgang mit Photographien besteht ausweislich einer klaren Stellungnahme des Bundesinnenministeriums nicht. Viel mehr gilt das Kunsturhebergesetz weiterhin. Gleichwohl ist es uns ein zentrales Anliegen, vermehrt Rechtssicherheit zu schaffen und in all jenen Fällen nachzujustieren, in denen das erforderlich und auch auf nationalem Wege möglich ist.



Besuch des Katholikentages



Am vergangenen Wochenende hatte ich die Gelegenheit, zusammen mit meiner Familie den 101. Katholikentag in Münster zu besuchen. Der Katholikentag stand unter dem Motto „Suche Frieden“ aus Psalm 34. Zehntausende interessierte Katholikinnen und Katholiken, aber auch viele evangelische Christinnen und Christen sowie andere Neugierige nutzten die Möglichkeit, sich nicht nur über Glaubensfragen, sondern auch über ganz aktuelle politische Themen auszutauschen. Die Friedensstadt Münster präsentierte sich bei strahlendem Sonnenschein weltoffen und bestens vorbereitet auf das Großereignis. Neben Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier waren viele meiner Kolleginnen und

Kollegen aus dem Deutschen Bundestag auf großen Podien, aber auch in kleineren Werkstattgesprächen aktive Teilnehmer des Katholikentages. Kardinal Marx erinnerte in seiner Predigt daran, dass die Christinnen und Christen nicht von der Welt, aber in der Welt sind und appellierte daran, den Auftrag des Friedens ernst zu nehmen. Den Katholikentag habe ich auch dank der vielen jungen und engagierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer als echtes Zeichen des Aufbruchs erlebt – und bei dieser Gelegenheit auch meinen ehemaligen Studienort neu kennengelernt.



Bericht des Fraktionsvorsitzenden



Volker Kauder schreibt:

Wir setzen unsere solide Haushaltspolitik fort.

Die lange Phase der Regierungsbildung nach der Bundestagswahl hat zur Folge, dass der Bundeshaushalt für das laufende Jahr vergleichsweise spät verabschiedet werden kann. Der Kabinetentwurf liegt jetzt vor und enthält neben dem Haushalt 2018 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2022 Eckwerte für 2019. Der neue Finanzminister hat einen Kurs eingeschlagen, der eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Koalition möglich macht. Durch Fortsetzung unserer soliden Haushaltspolitik wird die gesamtstaatliche Schuldenquote 2019 erstmals seit 2002 unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts fallen.

Wir halten am Iran-Abkommen fest.

Die Entscheidungen des US-Präsidenten zur Kündigung des Nuklearabkommens mit dem Iran und zur Wiedereinführung von Sanktionen bedeuten einen herben Rückschlag für die unerlässlichen Bemühungen zur Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens. Der Rückzug der USA belastet die transatlantischen Beziehungen. Mit ihm einher geht ein erneuter erheblicher Ver-

tragsverlust, was die Bedeutung multilateraler Abkommen angeht. Gleichzeitig fördert er die Gefahr einer weiteren Verbreitung von Nuklearwaffen. Das Abkommen mit dem Iran hat zwar Schwachstellen, aber es funktioniert. Bessere friedliche Lösungen zur Vermeidung einer nuklearen Aufrüstung Irans gibt es derzeit nicht.

Religionsfreiheit achten, Gewalt gegen Christen beenden.

Bombenattentate auf drei christliche Kirchen in der indonesischen Stadt Surabaya, die durch eine Familie mit noch jungen Kindern ausgeführt wurde, haben mindestens 13 Todesopfer und zahlreiche Verletzte gefordert. Diese wahnsinnigen Taten lenken ein Schlaglicht auf die Gefahr, die von einem religiös motivierten Extremismus ausgeht, der die Religionsfreiheit nicht anerkennt. Sie mahnen uns, uns noch stärker für dieses Menschenrecht und für das friedliche Zusammenleben der Religionen einzusetzen. Es ist nicht eine Religion, die Angehörige der eigenen oder einer anderen Religion tötet, sondern es sind Extremisten, die die Würde ihres Gegenübers nicht achten. Religionsführer auf aller Welt sind aufgerufen, solche Extremisten klar und deutlich zu verurteilen.



Zitat des Monats:

„Eine erstaunliche Erfindung. Aber wer sollte sie jemals benutzen wollen?“

– Kommentar von

Rutherford B. Hayes, 19. US-Präsident, zum ersten Telefon, 1877